



Forum Bildungspolitik in Bayern • Postfach 150 209 • 80042 München

Herrn Staatsminister
Dr. Ludwig Spaenle
Bayerisches Staatsministerium für
Bildung und Kultus, Wissenschaft
und Kunst
80327 München

München, den 6. Oktober 2015
Ein_Zugang Ref_20151006.docx

Zulassungsbeschränkung Referendariat hier: Ihr Schreiben vom 13.08.2015

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

für Ihr Antwortschreiben vom 13. August 2015 auf unsere Bitte um klärende Auskunft danken wir Ihnen. Vielen Dank auch für Ihr Bemühen um begriffliche Klärung, das uns aber beim Lösen des bestehenden Problems in keiner Weise hilft. Fest steht nach mehrfachen ausweichenden Antworten der Staatsregierung, dass Sie durch Änderung des Lehrerbildungsgesetzes Möglichkeiten schaffen wollen, für Absolventen eines Lehramtsstudiums (1. Staatsexamen) den unmittelbar anschließenden Zugang zum Referendariat einzuschränken.

Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* mit seinen 46 Mitgliedsorganisationen lehnt jede Form der Einschränkung des ungehinderten und unmittelbar anschließenden Zugangs zum Referendariat nach dem 1. Staatsexamen ab. Dies haben wir am 5. Oktober einstimmig beschlossen. Wir fordern Sie daher auf, von Ihren Plänen Abstand zu nehmen.

Begründung:

- Die geplante Einschränkung des Zugangs zum Referendariat ist offensichtlich ausschließlich politisch motiviert: Die Staatsregierung will verhindern, dass jährlich bzw. halbjährlich arbeitslose Absolventen des 2. Staatsexamens (Lehramt Gymnasium) öffentliche Kritik und politischen Druck ausüben. Eine Einschränkung des Zugangs zum Referendariat löst das Problem arbeitsloser Lehrer/innen aus Sicht des *Forum Bildungspolitik* nicht, sondern würde es allenfalls kaschieren.

- Eine Einschränkung des Zugangs zum Referendariat stellt – vor allem im Pflichtschulbereich – eine Einschränkung der freien Berufswahl dar, da der Staat faktisch Monopolarbeitgeber ist. Studienabsolventen wären bis zum Beginn des nächsten Ausbildungsjahres daran gehindert, ihre Ausbildung abzuschließen. Dies führt zu einer mindestens einjährigen (Gymnasium: halbjährigen) Wartezeit. Der Hinweis auf Regelungen anderer Bundesländer entkräftet dieses Argument nicht.
- Eine Einschränkung des Zugangs zum Referendariat dient nicht der Steigerung der Qualität der Lehrerbildung, sondern soll einzig der bedarfsgerechten Lenkung des Angebots dienen.
- Fest steht, dass die Prognosen der Staatsregierung in der Vergangenheit regelmäßig nicht eingetroffen sind und eine bessere Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage nicht erreicht wurde. Im Gegenteil: Phasen des Lehrermangels und arbeitsloser Lehrer/innen wechseln sich regelmäßig ab (sog. Schweinezyklus). Zugangsbeschränkungen zum Referendariat müssten zwangsläufig auf Prognosen des zukünftigen Bedarfs basieren. Somit besteht die Gefahr, dass die Ungleichgewichte sich aufgrund unzutreffender Prognosen zusätzlich verschärfen.
- Eine Einschränkung des Zugangs zum Referendariat würde dazu führen, dass sich Absolventen des 1. Staatsexamens (insbesondere für Realschule und Gymnasium) teilweise beruflich anderweitig orientieren und damit langfristig nicht mehr für den Schuldienst zur Verfügung stehen. Damit würden sich Phasen des akuten Lehrermangels ausweiten.
- Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* befürchtet, dass eine Einschränkung des Zugangs zum Referendariat abschreckt und bereits zu einer verminderten Studienaufnahme führt. Durch weniger Studierende würde sich das Problem des Lehrermangels verschärfen.
- Es ist davon auszugehen, dass eine Einschränkung des Zugangs zum Referendariat über kurz oder lang auch eine Beschränkung des Zugangs zum Lehramtsstudium nach sich ziehen würde. Verschärfter Lehrermangel wäre die Folge.

Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* verkennt keineswegs, dass Angebot und Nachfrage regelmäßig in einem Ungleichgewicht stehen. Uns ist bewusst, dass eine große Zahl von Referendar/innen an bestimmten Schularten und Fächerverbindungen die Ausbildungskapazitäten belasten. Zudem gibt es in einzelnen Bereichen eine Schieflage zwischen der Zahl der Lehrer/innen und der Zahl der Referendar/innen. Hierfür sind Lösungen auch aus Sicht des *Forum Bildungspolitik in Bayern* dringend erforderlich. Statt einer Beschränkung der Zugangsmöglichkeiten zum Referendariat schlagen wir vor:

- Ausweitung der Zahl der dringend benötigten Lehrerplanstellen.
- Ausweitung und intensivere Betreuung der Praktika ab dem ersten Semester. Berufliche Umorientierung würde damit früher ermöglicht und erleichtert.
- Verbesserung der individuellen Beratung vor und bei Beginn der Studienaufnahme.
- Schaffung bzw. Ausweitung der Möglichkeiten, ein Lehramtsstudium mit BA oder Master of Education – ggf. auch einer anderen als der studierten Schulart – abzuschließen.
- Schaffung weiterer Möglichkeiten, ein Referendariat auch an einer anderen als der studierten Schulart abzulegen. Dies ist im Berufsschulbereich bereits möglich. In der augenblicklichen Lage des Lehrerberarfs an den Pflichtschulen und immenser Arbeitslosigkeit an Realschulen um Gymnasium würde dies doppelt helfen.
- Sicherung der Polyvalenz des Lehramtsstudiums (Öffnung für andere Tätigkeitsbereiche außerhalb der Schulen).

- Verbesserung der Prognosesicherheit und Intensivierung der Information von Abiturient/innen bei der Studienwahl.
- Festlegung eines garantierten Einstellungskorridors für Absolvent/innen des 2. Staatsexamens.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, wir bitten Sie, die aufgeführten Bedenken gegen eine Zugangsbeschränkung zum Referendariat ernst zu nehmen und stattdessen Alternativen zu eröffnen. Wir brauchen keine Scheinlösungen. Alle Beteiligten erwarten Maßnahmen, die das Problem tatsächlich lösen. Selbstverständlich stehen wir für ergänzende Gespräche und Rückfragen sehr gerne zur Verfügung.

Um Antwort wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus Wenzel
Sprecher



Franziska Bleß
Stv. Sprecherin



Wibke Stock
Stv. Sprecherin